

## Substanzielles Protokoll 93. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 7. Dezember 2011, 17.00 Uhr bis 19.13 Uhr, im Rathaus

---

Vorsitz: Präsident Joe A. Manser (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Christian Aeschbach (FDP)

Substanzielles Protokoll: Janine Rutz

Anwesend: 122 Mitglieder

Abwesend: Monika Erfigen (SVP), Niklaus Scherr (AL), Bruno Sidler (SVP)

---

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- |    |                   |                                                                                                                                                                                                  |           |
|----|-------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| 1. |                   | Mitteilungen                                                                                                                                                                                     |           |
| 2. | <u>2011/437</u>   | Eintritt von Dr. Regula Enderlin Cavigelli (SP) anstelle der zurückgetretenen Jacqueline Badran (SP) für den Rest der Amtsdauer 2010-2014                                                        |           |
| 3. | <u>2011/436</u> * | Weisung vom 23.11.2011:<br>Geomatik + Vermessung, Aktualisierung der Stadtkreisgrenzen, Anpassung Stadtplan 1:5000                                                                               | VTE       |
| 4. | <u>2006/393</u>   | Weisung vom 23.11.2011:<br>Geänderte Motion von Daniel Leupi (Grüne) und Dr. André Odermatt (SP) betreffend Velostation, Realisierung am Bahnhof Stadelhofen, Antrag auf Fristerstreckung        | VTE       |
| 5. | <u>2007/634</u>   | Weisung vom 23.11.2011:<br>Motion von Rebekka Wyler (SP) und Rolf Kuhn (SP) betreffend Verkehrsplanung 2025, Alternativprojekte zu Stadttunnel und Waidhaldentunnel, Antrag auf Fristerstreckung | VTE       |
| 6. | <u>2011/284</u>   | Weisung vom 13.07.2011:<br>Tonhalle-Gesellschaft, Änderung des Subventionsvertrages                                                                                                              | STP<br>FV |
| 7. | <u>2011/245</u>   | Weisung vom 06.07.2011:<br>Tanzförderung, Rahmenkredit                                                                                                                                           | STP       |
| 8. | <u>2011/246</u>   | Weisung vom 06.07.2011:<br>Camerata Zürich, Beitrag 2012 bis 2015                                                                                                                                | STP       |

- |     |                 |                                                                                            |     |
|-----|-----------------|--------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| 9.  | <u>2011/247</u> | Weisung vom 06.07.2011:<br>Literaturhaus Museumsgesellschaft, Jahresbeiträge 2012 bis 2015 | STP |
| 10. | <u>2011/275</u> | Weisung vom 14.07.2011:<br>Verein Tram-Museum Zürich, Jahresbeiträge 2012 bis 2015         | STP |
| 11. | <u>2011/276</u> | Weisung vom 13.07.2011:<br>sogar theater, Jahresbeiträge 2012 bis 2015                     | STP |
| 12. | <u>2011/277</u> | Weisung vom 13.07.2011:<br>Zürcher Kammerorchester, Beitrag 2012ff.                        | STP |
| 13. | <u>2011/278</u> | Weisung vom 13.07.2011:<br>Zurich Film Festival, Beitrag 2012 bis 2014                     | STP |

\* Keine materielle Behandlung

## Mitteilungen

**2037. 2011/442**  
**Motion von Dr. Esther Straub (SP) und Katrin Wüthrich (SP) vom 30.11.2011:**  
**Errichtung eines Entschädigungsfonds für Asbestopfer**

*Dr. Esther Straub (SP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Obwohl heute nicht mehr mit Asbest gearbeitet wird, machen sich die schlimmen Folgen davon trotzdem bemerkbar. Bei der SUVA wurden bisher acht Krankheitsfälle gemeldet, davon leider bereits vier Todesfälle. Daher ist es dringend nötig, dass die Stadt entsprechend handelt.*

Der Rat wird über den Antrag am 21. Dezember 2011 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

**2038. 2011/444**  
**Postulat von Marc Hohl (FDP) und Heinz F. Steger (FDP) vom 30.11.2011:**  
**Erhalt der Parkplätze in der blauen Zone im Gebiet Glaubtenstrasse – Wehntalerstrasse – Schauenbergstrasse**

*Marc Hohl (FDP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Der neue breitere Bus kann an dieser Stelle nicht mehr kreuzen, weshalb die rund 16 Parkplätze verschwinden müssen. Dies wird die dort ansässige Bevölkerung in nächster Zukunft belasten, weshalb ich jetzt und nicht erst in drei Jahren darüber sprechen möchte.*

Der Rat wird über den Antrag am 21. Dezember 2011 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

**2039. 2011/463**

**Erklärung der AL-Fraktion vom 07.12.2011:  
Züri West, Verpasste Chancen**

Namens der AL-Fraktion verliest Dr. Richard Wolff (AL) folgende Fraktionserklärung:

Zürich West – Maximale Aufwertung

Die Eröffnung des Trams Zürich West bietet willkommenen Anlass für eine Zwischenbilanz der Entwicklung von Zürich West.

Toll ist, dass aus der Industriebranche ein neuer Stadtteil entstanden ist. Beeindruckend sind die vielen neuen Entwicklungen, die hier stattgefunden haben: Das höchste Haus der Schweiz, der breiteste Boulevard Zürichs, die teuersten Apartments der Region. Auch das neue Schauspielhaus im Schiffbau, die Kulturmeile an der Hardstrasse, die vielen Arbeitsplätze und ein paar attraktive Wohnungen stechen ins Auge. Einerseits ist es somit ganz gut, dass das boomende Zürich hier Platz gefunden hat, um sich zu vergrössern.

Andererseits ist aber auch vieles verpasst worden. Chancen wurden nicht ergriffen und bestehende Qualitäten wurden preis gegeben. So ist von den Zwischennutzungen, die Zürich West überhaupt erst in die Schagzeilen gebracht haben und somit das Terrain für die nachfolgenden Investoren vorbereitet haben, bis auf letzte Nischen nichts mehr übrig. Die innovativen Künstlerinnen sind heute in Altstetten und Berlin. Die kreativen Gewerbler in Zürich Nord und Lenzburg.

In Zürich West wurde nicht nur viel zu wenig, sondern auch viel zu teurer Wohnraum gebaut. Ausser Kraftwerk1 und dem geplanten städtischen Projekt neben dem Stadion Hardturm gibt es hier keinen gemeinnützigen Wohnraum. Eine gute Durchmischung von Wohnen und Arbeiten - angesichts der 2000 Watt Gesellschaft ein Muss - wurde weit verfehlt. Auf 30'000 Arbeitsplätze kommen hier rund 6'000 Einwohner. Zehntausende pendeln täglich rein und raus aus Zürich West und drängeln sich auf lebensgefährlich schmalen Perrons durch den viel zu kleinen Bahnhof Hardbrücke, über dessen überfälligen Ausbau sich Stadt und SBB in den Haaren liegen. Noch schlechter geht's den Velofahrenden in Zürich West. Von der Totalrenovation der Hardbrücke haben sie gar nichts, den Escher Wyss Platz können sie praktisch nicht mehr überqueren und die schick ausgebaute Pfingstweidtrasse ist mit felgenkillenden Trottoirrändern gegen Velos versehen worden.

Die Bilanz der in Zürich West durchgeführten kooperativen Planung fällt ernüchternd aus. Es scheint als ob der sogenannte ‚erste Zuhörer‘, Josef Estermann, und seine Nachfolger im Stadtrat ihre Ohren vor allem den GrundbesitzerInnen und Investoren geliehen hätten. Grosszügige Um- und Aufzonungen vermehrten den Wert der Grundstücke um ein Vielfaches. Zusätzlich an Wert gewannen die Ländereien durch die enormen Infrastruktur-Investitionen der öffentlichen Hand. Strassenausbau und Tram erhöhten die Erreichbarkeit, Parks und Plätze die Aufenthaltsqualität in Zürich West. Während praktisch der ganze Aufwand von der Stadt geleistet wurde, werden die Erträge privat abgeschöpft. An den Unkosten haben sie sich die Grundeigentümer allenfalls in homöopathischen Dosen beteiligt.

Eine wirklich umfassende Gesamtplanung unter Berücksichtigung aller Interessen fand in Zürich West leider nicht statt. Platz für ein Schulhaus und ausreichend Grünflächen wurden nicht ausreichend oder zu spät gesichert, so dass Parks und Schulhäuser sich heute mit wenig attraktiven Restflächen abfinden müssen. Insgesamt ist Zürich West trotz viel Glanz und Glamour leider auch eine Stadtentwicklung der verpassten Chancen.

**Persönliche Erklärung:**

Dr. Martin Mächler (EVP) hält eine persönliche Erklärung zum Abschluss der Verhandlungen bezüglich einer möglichen Zusammenarbeit mit einer anderen Fraktion.

Simon Kälin (Grüne) hält eine persönliche Erklärung zur Weihnachtsbeleuchtung «Lucy» an der Bahnhofstrasse.

## G e s c h ä f t e

### 2040. 2011/437

#### **Eintritt von Dr. Regula Enderlin Cavigelli (SP) anstelle der zurückgetretenen Jacqueline Badran (SP) für den Rest der Amtsdauer 2010-2014**

In Anwendung von § 108 des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR) hat der Stadtrat mit Beschluss vom 30. November 2011 anstelle von Jacqueline Badran (SP 7+8) mit Wirkung ab 1. Dezember 2011 für den Rest der Amtsdauer 2010 bis 2014 als gewählt erklärt:

Dr. Regula Enderlin Cavigelli (SP 7+8), Dr. phil., Sozialwissenschaftlerin, Mutter, geboren am 25. November 1964, von Zürich, Gloriastrasse 137, 8044 Zürich

### 2041. 2011/436

#### **Weisung vom 23.11.2011:**

#### **Geomatik + Vermessung, Aktualisierung der Stadtkreisgrenzen, Anpassung Stadtplan 1:5000**

Zuweisung an die SK TED/DIB gemäss Beschluss des Büros vom 5. Dezember 2011.

### 2042. 2006/393

#### **Weisung vom 23.11.2011:**

#### **Geänderte Motion von Daniel Leupi und Dr. André Odermatt betreffend Velostation, Realisierung am Bahnhof Stadelhofen, Antrag auf Fristerstreckung**

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristverlängerung zur Vorlage einer Weisung zur Motion GR-Nr. 2006/393.

Der Rat stimmt der sofortigen materiellen Behandlung stillschweigend zu.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

**STR Ruth Genner:** *Die Frist hat aus unserer Sicht bereits zum Zeitpunkt der Überweisung des Vorstosses ein Problem dargestellt. 2009 wurde dazu eine entsprechende Studie durchgeführt. Die Umsetzung ist keine einfache Angelegenheit. Die Stadt hat aber ein Grundstück im Auge, das sich aber in Privatbesitz befindet. Dafür braucht es Verhandlungen, die länger dauern können, weshalb der Stadtrat eine Fristerstreckung beantragt.*

**Mauro Tuena (SVP)** *stellt den Ablehnungsantrag zur Fristerstreckung und verweist darauf, dass die beiden Motionäre das Gremium gewechselt hätten. Beide seien jetzt Stadträte. Er erinnert daran, dass es einen Grund gebe, weshalb eine Mehrheit des Gemeinderates die Motion überwiesen habe, obwohl er nicht dazugehöre. Stadträtin Ruth Genner habe überzeugend dargelegt, weshalb dort keine Velostation gebaut werden könne. Daher sei es ihm unverständlich, weshalb der Stadtrat eine Fristerstreckung beantrage, wenn doch bereits klar sei, dass eine Umsetzung an diesem Ort gar nicht möglich sei. Vielmehr müsste eine Weisung mit der Forderung nach Abschreibung des Vorstosses eingebracht werden.*

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 96 gegen 24 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die Frist zur Erfüllung der am 25. Februar 2009 überwiesenen geänderten Motion, GR Nr. 2006/393, der Gemeinderäte Daniel Leupi (Grüne) und Dr. André Odermatt (SP) vom 20. September 2006 betreffend Velostation, Realisierung am Bahnhof Stadelhofen, wird um zwölf Monate bis zum 24. Februar 2013 verlängert.

Mitteilung an den Stadtrat

**2043. 2007/634**

**Weisung vom 23.11.2011:**

**Motion von Rebekka Wyler (SP) und Rolf Kuhn (SP) betreffend Verkehrsplanung 2025, Alternativprojekte zu Stadttunnel und Waidhaldetunnel, Antrag auf Fristerstreckung**

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristverlängerung zur Vorlage einer Weisung zur Motion GR-Nr. 2007/634.

Der Rat stimmt der sofortigen materiellen Behandlung stillschweigend zu.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

**STR Ruth Genner:** *Obwohl der Stadtrat den Vorstoss 2005 abgelehnt hat, wurde er 2010 vom Gemeinderat überwiesen. In der Zwischenzeit gibt es diverse Planungen auf verschiedenen Ebenen. Das aktuellste Projekt ist sicher das regionale Gesamtverkehrskonzept, welches in Zusammenarbeit mit dem Kanton erstellt wurde. Dieses mündete ins Agglomerationsprogramm, bei dem der Kanton federführend ist, aber die Stadt mitwirkt.*

*Der Stadt- und der Waidhaldetunnel sind beide behördenverbindliche Optionen, die im kantonalen Richtplan enthalten sind. Dem Stadttunnel wird dabei eine sehr geringe Priorität eingeräumt und als Projekt für künftige Generationen gesehen. Anders beim Waidhaldetunnel: Im Anschluss an die Volksabstimmung über das Rosengartentram und auch im Vorfeld dessen hat der Stadtrat signalisiert, dass er dieses realisieren möchte. Das ist aber nur zusammen mit dem Kanton möglich. Dafür ist nun eine gemeinsame Projektorganisation entstanden. Das Rosengartentram muss aber auch im Kontext der Netzentwicklungsstrategie 2030 der VBZ betrachtet werden, die zurzeit aktualisiert wird. Angesichts der vielen planerischen Baustellen bitte ich Sie, dem Stadtrat eine Fristerstreckung zu gewähren.*

**Mauro Tuena (SVP)** stellt den Ablehnungsantrag zur Fristerstreckung und bemerkt, dass die meisten Fristerstreckungsgesuche aus dem Departement von Stadträtin Ruth Genner kämen. Er frage sich, weshalb das so sei. Die SVP habe diese Motion sicher nicht unterstützt, denn es sei klar, dass es keine Alternative zu den beiden Tunnels gäbe. Es wäre daher nur ehrlich, wenn der Stadtrat zugeben würde, dass dem so sei und dementsprechend eine Abschreibungsweisung vorlegen würde.

Weitere Wortmeldungen:

**Dr. Richard Wolff (AL)** erkundigt sich, ob sich die Sachlage mit der Aufschiebung denn ändern würde. Denn schliesslich werde in der Motion ein Ersatz der beiden Tunnels verlangt.

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 76 gegen 45 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die Frist zur Erfüllung der am 14. April 2010 überwiesenen Motion, GR Nr. 2007/634, von Gemeinderätin Rebekka Wyler (SP) und Gemeinderat Rolf Kuhn (SP) vom 5. Dezember 2007 betreffend Verkehrsplanung 2025, Alternativprojekte zu Stadttunnel und Waidhaldetunnel, wird um zwölf Monate bis zum 14. April 2013 verlängert.

Mitteilung an den Stadtrat

**2044. 2011/284**

**Weisung vom 13.07.2011:**

**Tonhalle-Gesellschaft, Änderung des Subventionsvertrages**

Antrag des Stadtrats

1. Die Änderungen des Vertrages zwischen der Stadt Zürich und der Tonhalle-Gesellschaft (GRB von 2. März 1988, AS 444.110) werden gemäss Erwägungen genehmigt.
2. Der Jahresbeitrag an die Tonhalle-Gesellschaft wird gemäss Art. 10 Abs. 1 des Vertrages um Fr. 782 000.– erhöht und beträgt neu ab 1. Januar 2012 Fr. 16 627 700.–.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Claudia Simon (FDP):** *Mit der Weisung soll der Vertrag von 1988 zwischen der Tonhalle-Gesellschaft und der Stadt Zürich geändert werden. Das strukturelle Defizit beträgt inzwischen 1,2 Mio. Franken. Der regelmässig anfallende Fehlbetrag ist in erster Linie auf die Vorgaben zu den Besoldungen und die Indexierung zurückzuführen. Die Besoldungen machen dabei mehr als die Hälfte der Aufwendungen aus und zeigen eine weiter ansteigende Tendenz. Es liegt auf der Hand, dass ein Orchester mit Weltruf eine gewisse Grösse haben muss, was sich auch auf die Gesamtlohnkosten auswirkt. Das Betriebsdefizit würde ohne das Engagement von Privatpersonen noch viel höher ausfallen.*

*Der Vorstand der Tonhalle hat es in die Hand genommen, weitere private Mittel zu generieren, weshalb nun eine Weisung mit einem tieferen Betrag möglich ist. Mit der Änderung des Subventionsvertrags haben alle Beteiligten gezeigt, dass sie gewillt sind, die finanziellen Probleme der Tonhalle anzugehen und zu lösen. Zugegeben: Die Erhöhung der Subvention fällt nicht gerade gering aus. Die Kommissionsmehrheit ist aber davon überzeugt, dass kein Spielraum für die Kürzung dieses Betrags vorhanden ist, wenn das hohe Niveau der Tonhalle nicht gefährdet werden soll. Zudem sieht sie die Tonhalle als wichtigen Standortfaktor und bittet daher um Zustimmung zur Weisung.*

**Dr. Thomas Monn (SVP)** hält fest, dass die Tonhalle von der Stadt Zürich jährlich mit etwa 15 Mio. Franken unterstützt werde. Trotzdem sei es der Tonhalle-Gesellschaft

*nicht gelungen, mit Hilfe eines Kostenmanagements die jährlich steigenden Kosten in den Griff zu bekommen. Dies werde mit einem strukturellen Defizit aufgrund von Lohn-erhöhungen erklärt.*

*Auch wenn die SVP die Erfolge und den Ruf des Tonhallenorchesters zu schätzen wisse, müsse dieses nicht immer mit internationalen besseren und wesentlich grösseren Einrichtungen verglichen werden. Denn damit würden die Ansprüche laufend erhöht, was zu einem überproportionalen Anstieg der Kosten im Vergleich zu den Einnahmen führe. Zudem seien ein Chefdirigentenwechsel und Renovationen absehbar, die zusätzliche Kosten generierten. Dafür sollten aus Sicht der SVP Rückstellungen vorgenommen werden. Die SVP lehne daher eine Erhöhung des Jahresbeitrags ab. Sollte sie damit unterliegen, lehne sie zudem die ganze Weisung und die Dispositionsänderung der Grünen ab.*

**Isabel Garcia (GLP)** stellt den Minderheitsantrag 2 vor. Sie betont das hohe Niveau des Tonhallenorchesters und verweist auf dessen Rolle im Kulturleben der Stadt Zürich sowie auf die damit verbundene internationale Ausstrahlung der Stadt. Das sei aber nur die eine Seite der Medaille.

*Denn trotz der grosszügigen Unterstützung durch die städtischen Steuerzahler habe die Tonhalle regelmässig Mühe, mit dem aktuellen Subventionsbeitrag von jährlich fast 16 Mio. Franken auszukommen. Dies werde damit begründet, dass zum Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit eine ständige Aufstockung des Personals notwendig sei. In der Kommission sei betont worden, dass die vorliegende Weisung eine nachhaltige Lösung für die Finanzprobleme der Tonhalle darstelle, durch die garantiert werde, dass die Institution bis Ende 2016 nicht mit weiteren Finanzbegehren an den Gemeinderat gelangen werde. Zudem sei die Akquirierung von Sponsoren in den letzten Jahren professionalisiert und intensiviert worden. Diese Bemühungen hätten die Minderheit 2 aber nicht davon überzeugt, der Weisung zuzustimmen. Daher schlage die Minderheit 2 eine Halbierung der Erhöhung vor.*

#### Änderungsantrag 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der nachfolgenden Änderungsanträge.

Eine Minderheit 1 der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

1. Streichung der Ziffer 1 des Dispositivs
2. Der Jahresbeitrag an die Tonhalle-Gesellschaft beträgt ab 1. Januar 2012 Fr. 15 845 700.–.

Eine Minderheit 2 der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

1. Streichung der Ziffer 1 des Dispositivs
2. Der Jahresbeitrag an die Tonhalle-Gesellschaft wird um Fr. 391 000.– erhöht und beträgt neu ab 1. Januar 2012 Fr. 16 236 700.–.

Mehrheit:	Präsidentin Claudia Simon (FDP), Referentin; Vizepräsident Mark Richli (SP), Marc Hohl (FDP), Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Lucia Tozzi (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP)
Minderheit 1:	Mauro Tuena (SVP) i.V. von Dr. Thomas Monn (SVP), Referent; Ruth Anhorn (SVP), Marina Garzotto (SVP)
Minderheit 2:	Isabel Garcia (GLP), Referentin
Enthaltung:	Simon Kälin (Grüne) i.V. von Christina Hug (Grüne)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit 86 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Christina Hug (Grüne):** *Wir sind uns, so glaube ich, alle einig, dass die Tonhalle sehr viel Geld erhält, was nicht zuletzt damit zusammenhängt, dass der Betrieb eines Synchronorchesters sehr kostspielig ist. Demnach muss sich das die Stadt leisten wollen, ansonsten lässt man besser die Finger davon. Dieser Grundsatzentscheid wurde aber bereits vor sehr langer Zeit gefällt und die Mehrheit von uns steht sicher immer noch dazu.*

*Das strukturelle Defizit soll mit der vorliegenden Weisung behoben werden, was die Grünen auch in Ordnung finden. Gleichzeitig sind wir aber der Ansicht, dass die Subvention der Tonhalle die Obergrenze erreicht hat. Die Tonhalle ist vor allem bei finanziell sehr potenten Privatpersonen und Firmen beliebt, welche nun dementsprechend auch in die Pflicht genommen werden sollen. Die Tonhalle hat in diesem Bereich sehr viel Arbeit geleistet, weshalb die Erhöhung von ursprünglich 1,2 Mio. Franken auf rund 782 000 Franken reduziert werden konnte. Wir wollen, dass es dabei bleibt und die Subvention in vier Jahren nicht wieder um eine halbe Million erhöht wird. In diesem Sinne ist auch unser Dispositionsantrag zu verstehen. Wir wollen, dass die Tonhalle dem Gemeinderat regelmässig Rechenschaft über ihre Fundraisingbemühungen ablegt, und zwar ohne dass wir uns einmischen.*

**Isabel Garcia (GLP):** *Die Kommissionsminderheit lehnt diesen Änderungsantrag ab, da ihrer Ansicht nach die von den Grünen geforderten Informationen in den Geschäftsbericht gehören. Eine zusätzliche Publikation ist nicht zu rechtfertigen.*

Weitere Wortmeldungen:

**Mark Richli (SP)** *schliesst sich den Ausführungen von Claudia Simon (FDP) an. An die Adresse der Grünen wolle er bemerken, dass er sich nur «contre cœur» für den Änderungsantrag ausspreche, da sie mit der kompletten Ablehnung der Weisung gedroht hätten. Er finde es doch ein wenig lächerlich, einen Bericht für etwas zu verlangen, das so oder so im Geschäftsbericht ausgewiesen werde. Zudem bemühe sich die Tonhalle sehr, Sponsorengelder zu akquirieren.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** *Das Tonhallenorchester ist ein ganz wichtiger Baustein in der Zürcher Kulturlandschaft. Das Orchester hat jüngst eine sehr erfolgreiche Tournee in China und Japan abgeschlossen. Die dazugehörige Medienberichterstattung zeigt einmal mehr den hervorragenden Weltruf und die internationale Anerkennung, die es genießt. Mit dem angewachsenen strukturellen Defizit sind die Reserven der Tonhalle aufgebraucht worden. Zudem stehen der Tonhalle grosse Herausforderungen bevor, für deren Meisterung die Reserven eigentlich gedacht waren.*

*Die grossen Anstrengungen der Tonhalle, neue Geldquellen zu erschliessen, müssen wir anerkennen. Selbstverständlich werden wir Ihnen gemäss der Forderung der Grünen Bericht erstatten, sodass Sie nachvollziehen können, wie sich die Anstrengungen im Fundraisingbereich weiterentwickeln. Ich möchte nochmals betonen, dass im Gegenzug*

*zur Subventionserhöhung die Defizitgarantie von 250 000 Franken gestrichen wird. Ich bitte Sie, der Weisung in der stadträtlichen Fassung zuzustimmen.*

Änderungsantrag 2: Ziffer 3 (neu)

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Ergänzung des Antrags des Stadtrats:

3. Die Tonhalle-Gesellschaft verfasst jährlich einen Bericht über Stand und Erfolg ihrer Fundraising-Bemühungen zuhanden des Gemeinderats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit:	Simon Kälin (Grüne) i.V. von Christina Hug (Grüne), Referentin; Präsidentin Claudia Simon (FDP), Vizepräsident Mark Richli (SP), Marc Hohl (FDP), Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Lucia Tozzi (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP)
Minderheit:	Isabel Garcia (GLP), Referentin
Enthaltung:	Ruth Anhorn (SVP), Marina Garzotto (SVP), Mauro Tuena (SVP) i.V. von Dr. Thomas Monn (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 36 Stimmen zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum bereinigten Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des bereinigten Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Präsidentin Claudia Simon (FDP), Referentin; Vizepräsident Mark Richli (SP), Marc Hohl (FDP), Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP), Simon Kälin (Grüne) i.V. von Christina Hug (Grüne), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Lucia Tozzi (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP)
Minderheit:	Mauro Tuena (SVP) i.V. von Dr. Thomas Monn (SVP), Referent; Ruth Anhorn (SVP), Marina Garzotto (SVP)
Enthaltung:	Isabel Garcia (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 33 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

1. Die Änderungen des Vertrages zwischen der Stadt Zürich und der Tonhalle-Gesellschaft (GRB von 2. März 1988, AS 444.110) werden gemäss Erwägungen genehmigt.
2. Der Jahresbeitrag an die Tonhalle-Gesellschaft wird gemäss Art. 10 Abs. 1 des Vertrages um Fr. 782 000.– erhöht und beträgt neu ab 1. Januar 2012 Fr. 16 627 700.–.
3. Die Tonhalle-Gesellschaft verfasst jährlich einen Bericht über Stand und Erfolg ihrer Fundraising-Bemühungen zuhanden des Gemeinderats.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 14. Dezember 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 13. Januar 2012)

2045. 2011/245

**Weisung vom 06.07.2011:  
Tanzförderung, Rahmenkredit**

Antrag des Stadtrats

1. Für die Förderung des Zürcher Tanzschaffens wird ab 2012 ein Rahmenkredit von jährlich maximal Fr. 550 000.– für die mehrjährige Förderung von Spitzengruppen im Bereich Tanz bewilligt.
2. Über die Aufteilung des Betrages an die einzelnen Empfänger entscheidet der Stadtrat.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Claudia Simon (FDP):** *Im Tanzbereich wird nach klar definierten Kriterien entschieden, mit wem eine kooperative Fördervereinbarung abgeschlossen wird. Es ist möglich, dass, wenn eine Kompanie die Voraussetzungen nicht mehr erfüllt, die Vereinbarung beendet wird. Mögliche Kandidaten für eine solche Vereinbarung werden von der Tanzkommission der Stadt über einen längeren Zeitraum beobachtet. Dieses Vorgehen ist sehr sinnvoll und hat zu guten Resultaten geführt. Zudem ist es auf eine längerfristige Förderung ausgerichtet. Bei den Fördervereinbarungen sind aber schliesslich drei Ebenen involviert: Pro Helvetia, der Kanton Zürich und die Stadt. Auf allen Ebenen werden die Entscheide durch unterschiedliche Gremien und mit unterschiedlicher Zeitdauer beschlossen, was zu einer Erschwerung der zeitlichen Koordination führt. Dieser Missetand soll mit der vorliegenden Weisung behoben werden und ich bitte Sie daher um Ihre Zustimmung.*

**Marina Garzotto (SVP)** vertritt die Kommissionsminderheit. *Der Gemeinderat solle mit der vorliegenden Weisung jährlich wiederkehrende Ausgaben von 550 000 Franken bewilligen. Der Stadtrat verfüge lediglich über eine Finanzkompetenz, die es ihm erlaube, jährlich wiederkehrende Ausgaben bis zu 50 000 Franken selbst zu bewilligen. Daher solle nun der Gemeinderat diesen Betrag verelffachen und gleichzeitig davon ausgehen, der Stadtrat wisse schon, wie er dieses Geld sinnvoll einsetze. Sicher habe man in der Kommission das System der kooperativen Fördervereinbarungen erklärt und betont, dass die Kriterien für den Erhalt eines Beitrags sehr streng seien. Zudem sei moniert worden, dass die Stadt Zürich viel zu langsam bei der Entscheidungsfindung sei, da immer auch noch der Gemeinderat nach seiner Meinung gefragt werden müsse. Sie halte es für gut, dass der Rat immer wieder gefragt werden müsse. Die Kommission sei zu einer solchen Tanzveranstaltung eingeladen worden. Gewisse Teile der Vorführung hätten ihr zwar sehr gut gefallen, aber bei Zwischenteilen sei es ihr sehr langweilig geworden und sie habe das Gefühl gehabt, man wolle damit nur künstlich die Vorführung verlängern, sodass sie länger als eine Stunde dauere. Zudem sei die Tanzkompanie Zimmermann & de Perrot für sie mehr eine Artisten- als eine Tanztruppe. Anscheinend sei sie aber weltberühmt und trete an bekannten Orten auf. Das sei auch ein Kriterium, um einen Förderbeitrag zu erhalten. Sie sei der Meinung, dass die Kompanie auf einer solchen Welttournee sicher auch viel Geld verdiene. In der Kommission habe man ihr auf diese Frage geantwortet, dass die Einnahmen gerade mal die Tourneespesen decken. Während der Erarbeitung einer neuen Produktion sei die Kompanie auf die Subventionen angewiesen. In einem Zeitungsinterview habe die Kompanie aber gesagt, dass sie seit zehn Jahren gut von ihrer Kunst leben könne. Da stimme doch etwas nicht, weshalb die SVP die Weisung ablehne.*

Weitere Wortmeldungen:

**Claudia Simon (FDP):** Der zur Diskussion stehende Rahmenkredit ist kein neuer Betrag, sondern ein Beitrag aus den Kulturförderungsbeiträgen. Die Finanzkompetenz des Stadtrats ist uns bekannt, deshalb handelt es sich hier auch um einen Rahmenkredit. Ich will mir nicht vorstellen, was passieren würde, wenn der Gemeinderat die Tanzkompanien selbst beurteilen müsste. Dafür gibt es Fachleute. Die Ablehnung der SVP hat sich immer mehr der Ablehnung einer bestimmten Tanzkompanie, Zimmermann & de Perrot, angenähert. Diese ist aber gar nicht Bestandteil der Weisung. Die 100 000 Franken werden im Budget separat ausgewiesen und die FDP hofft, dass die SVP den diesbezüglichen Antrag auch genehmigt, wenn sie die vorliegende Weisung verstanden hat.

**Mark Richli (SP)** betont, dass der Gemeinderat aus Politikern bestehe und nicht aus Kulturjournalisten oder Kulturschaffenden. Daher spiele es keine Rolle, ob sich Marina Garzotto (SVP) an der Tanzvorführung gelangweilt habe. Er finde diese Argumentationsschiene für das Parlament völlig verfehlt.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** Die Weisung will das neue Modell der Tanzförderung stärken. Der Betrag ist ein Teil des Tanzförderungsbudgets, wie es bereits seit Jahren von der Stadt eingestellt wird. Die Höhe dieses Betrags wird mit dem Budget festgelegt. Bei der Behandlung des neuen Kulturleitbilds in diesem Rat wurde festgestellt, dass vor allem im Tanzbereich noch Potenzial vorhanden ist. Mit den kooperativen Fördervereinbarungen soll dieses Potenzial ausgeschöpft werden. Damit sollen nicht nur erfolgreiche Truppen wie Zimmermann & de Perrot gefördert werden, sondern auch kleinere und weniger erfolgreiche Gruppen. Über die Förderung entscheiden Fachleute und die Vereinbarungen unterliegen sehr strengen Bedingungen. Werden diese nicht mehr erfüllt, erhält die Gruppe keine Beiträge mehr. Das ist in der Vergangenheit auch bereits passiert. Aus diesen Überlegungen bitte ich Sie, dem stadträtlichen Antrag zuzustimmen.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Präsidentin Claudia Simon (FDP), Referentin; Vizepräsident Mark Richli (SP), Isabel Garcia (GLP), Marc Hohl (FDP), Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP), Simon Kälin (Grüne) i.V. von Christina Hug (Grüne), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Lucia Tozzi (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP)
Minderheit:	Marina Garzotto (SVP), Referentin; Ruth Anhorn (SVP), Mauro Tuena (SVP) i.V. von Dr. Thomas Monn (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 23 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Für die Förderung des Zürcher Tanzschaffens wird ab 2012 ein Rahmenkredit von jährlich maximal Fr. 550 000.– für die mehrjährige Förderung von Spitzengruppen im Bereich Tanz bewilligt.
2. Über die Aufteilung des Betrages an die einzelnen Empfänger entscheidet der Stadtrat.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 14. Dezember 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 13. Januar 2012)

2046. 2011/246

**Weisung vom 06.07.2011:  
Camerata Zürich, Beitrag 2012 bis 2015**

Antrag des Stadtrats

1. Der Jahresbeitrag an die Camerata Zürich wird für die Jahre 2012 bis 2015 von Fr. 310 323.– um Fr. 50 000.– auf Fr. 360 323.– erhöht (entsprechend dem Stand des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise per 1. Januar 2011 von 103,9 Punkten).
2. Der Beitrag wird auf Beginn jeden Jahres nach Massgabe des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise der bis dann eingetretenen Teuerung angepasst.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Mark Richli (SP):** *Camerata Zürich ist ein Kammerorchester mit einer relativ langen Tradition. Unter anderem wird neuere Musik ins Programm eingebettet, um ihr zu mehr Bekanntheit zu verhelfen, aber es wird auch Wert auf Schweizer Musik gelegt. Vor vier Jahren haben wir die mangelnde private Finanzierung kritisiert. Dies hat sich zwischen 2009 und 2011 nun geändert, indem der Anteil der privaten Mittel um 66 Prozent gesteigert werden konnte. Zudem besteht ein professionelles Ensemble aus Profimusikern, die einen Lohn prozentual zu ihrem Anstellungsverhältnis nach den Tarifen des Schweizerischen Musikerverbands erhalten. Mit der Weisung wird nun eine kleine Subventionserhöhung beantragt. Damit soll die Zahl der Abonnementskonzerte von vier auf sechs angehoben und die Förderung von Jugendlichen und Kindern weiter ausgebaut werden. Der berechnete Mehraufwand beläuft sich insgesamt auf rund 200 000 Franken, wovon die Stadt aber nur einen Viertel übernehmen soll. Der Rest wird aus privaten Geldquellen finanziert. Namens der Kommissionsmehrheit bitte ich um Zustimmung zur Weisung.*

**Marina Garzotto (SVP)** *findet, dass die Camerata Zürich sehr gute Arbeit leiste und äussert sich auch positiv über die in ihren Augen schönen Konzerte des Orchesters. Auch begrüsse sie das Engagement im Kinder- und Jugendbereich, denn dies bringe den Beteiligten wirklich etwas. Natürlich tue es ihr leid, dass die Kinder des Schulhauses an der Nordstrasse nicht mehr im Camerata-Club mitmachen könnten, wenn der Gemeinderat die Weisung ablehne, handle es sich doch gemäss Weisungstext vor allem um Kinder aus bildungsfernen Kreisen. Man könne aber für diese Kinder mit Geld nicht alles wettmachen, was ihnen im Vergleich zu Schweizer Kindern fehle. Zudem kämen letztere auch nur in den Genuss von Musikunterricht und Konzerten, wenn die Eltern dies selbst bezahlten. Mark Richli (SP) habe zudem vergessen darauf hinzuweisen, dass die angestellten Musiker auch an anderen Orten engagiert seien und ihr Geld verdienen. Sie verstehe nicht, weshalb die steigenden Kosten immer wieder von der Stadt berappt werden sollten. Zudem solle der Subventionsbeitrag auch noch der jährlichen Teuerung angepasst werden. Das gefalle der SVP, auch bei allen anderen Kulturweisungen, nicht. Daher lehne sie die Weisung ab.*

Weitere Wortmeldungen:

**Mark Richli (SP)** *weist darauf hin, dass er bemerkt habe, dass die Musiker nicht zu 100 Prozent angestellt seien. In der Stadt gebe es nur zwei grosse Orchester, die Oper und die Tonhalle, die ihre Musiker zu 80 oder 100 Prozent beschäftigen.*

**Marina Garzotto (SVP)** beschwert sich über den hohen Lärmpegel im Saal, der wahrscheinlich der Grund dafür sei, dass sie nicht gehört habe, dass Mark Richli (SP) gesagt habe, die Musiker der Camerata seien nur teilzeitbeschäftigt.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Vizepräsident Mark Richli (SP), Referent; Präsidentin Claudia Simon (FDP), Isabel Garcia (GLP), Marc Hohl (FDP), Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP), Simon Kälin (Grüne) i.V. von Christina Hug (Grüne), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Lucia Tozzi (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP)  
Minderheit: Marina Garzotto (SVP), Referentin; Ruth Anhorn (SVP), Mauro Tuena (SVP) i.V. von Dr. Thomas Monn (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 21 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Jahresbeitrag an die Camerata Zürich wird für die Jahre 2012 bis 2015 von Fr. 310 323.– um Fr. 50 000.– auf Fr. 360 323.– erhöht (entsprechend dem Stand des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise per 1. Januar 2011 von 103,9 Punkten).
2. Der Beitrag wird auf Beginn jeden Jahres nach Massgabe des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise der bis dann eingetretenen Teuerung angepasst.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 14. Dezember 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 13. Januar 2012)

#### **2047. 2011/247**

**Weisung vom 06.07.2011:**

**Literaturhaus Museumsgesellschaft, Jahresbeiträge 2012 bis 2015**

Antrag des Stadtrats

1. Der Jahresbeitrag an die Museumsgesellschaft Zürich wird für die Jahre 2012 bis 2015 von bisher Fr. 367 918.– (entsprechend dem Stand des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise per 1. Januar 2011 von 103,9 Punkten) um Fr. 52 100.– auf Fr. 420 018.– erhöht.
2. Der Beitrag wird auf Beginn jedes Jahres nach Massgabe des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise der bis dann eingetretenen Teuerung angepasst.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Dr. Jean-Daniel Strub (SP)** betont, dass es sich um eine kostenneutrale Subventionserhöhung handle, da das städtische Literaturpodium ins Literaturhaus integriert werden solle. Das Literaturhaus konzentriere sich in erster Linie auf Schweizer Literatur und vermittele dies auch an Schulen. Das Literaturpodium sei bisher von der Stadt geführt worden und habe Lesungen von ausländischer Literatur durch die jeweiligen Autoren organisiert. Das Programm des Literaturhauses sei etabliert und leiste im Rahmen der

*Literaturvermittlung wertvolle Dienste, auch im pädagogischen Bereich. Die Integration des städtischen Literaturpodiums in das Angebot des Literaturhauses erachte er als sinnvoll, da damit Synergien geschaffen und Kompetenzen gebündelt würden. In diesem Sinne danke er allen für die Unterstützung der Weisung.*

**Dr. Thomas Monn (SVP):** *Den Jahresbeitrag von über 400 000 Franken erachtet die SVP als zu hoch, denn auch die Literatur hat etwas mit Angebot und Nachfrage zu tun. Die Besucherzahlen haben in den letzten Jahren stagniert und der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei tiefen 40 Prozent. Zudem ist die Finanzlage dieser Kultureinrichtung alles andere als transparent. In der Weisung fehlen beispielsweise genaue Angaben zu den Lohnzahlungen, den Mietzinsen und den Veranstaltungskosten. Und trotz der hohen Subvention schliesst die Rechnung 2010 mit einem Defizit ab. Die SVP stört sich ausserdem an der zu starken Gewichtung der fremdsprachigen Literatur. Sie lehnt daher sowohl den neuen Jahresbeitrag wie auch den Teuerungsausgleich ab.*

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Referent; Präsidentin Claudia Simon (FDP), Vizepräsident Mark Richli (SP), Isabel Garcia (GLP), Marc Hohl (FDP), Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP), Simon Kälin (Grüne) i.V. von Christina Hug (Grüne), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Lucia Tozzi (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP)  
Minderheit: Mauro Tuena (SVP) i.V. von Dr. Thomas Monn (SVP), Referent; Ruth Anhorn (SVP), Marina Garzotto (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 23 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Jahresbeitrag an die Museumsgesellschaft Zürich wird für die Jahre 2012 bis 2015 von bisher Fr. 367 918.– (entsprechend dem Stand des Zürcher Städteindexes der Konsumentenpreise per 1. Januar 2011 von 103,9 Punkten) um Fr. 52 100.– auf Fr. 420 018.– erhöht.
2. Der Beitrag wird auf Beginn jedes Jahres nach Massgabe des Zürcher Städteindexes der Konsumentenpreise der bis dann eingetretenen Teuerung angepasst.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 14. Dezember 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 13. Januar 2012)

#### **2048. 2011/275**

**Weisung vom 14.07.2011:**

**Verein Tram-Museum Zürich, Jahresbeiträge 2012 bis 2015**

Antrag des Stadtrats

1. Der Jahresbeitrag an das Tram-Museum Zürich wird auf der Höhe der bisherigen Grundlagen fortgeführt und für die Jahre 2012 bis 2015 auf Fr. 125 751.– festgesetzt (entsprechend dem Stand des Zürcher Städteindexes der Konsumentenpreise per 1. Januar 2011 von 103,9 Punkten).

2. Der Beitrag wird auf Beginn jeden Jahres nach Massgabe des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise der bis dann eingetretenen Teuerung angepasst.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Dr. Jean-Daniel Strub (SP)** sieht das Tram als festen Bestandteil von Zürich bzw. des Lebens der Zürcherinnen und Zürcher. Daher sei es eine logische und berechtigte Idee, dem Tram in der Stadt ein eigenes Museum zu widmen. Dieses habe sich inzwischen in der Museumslandschaft etabliert und versuche sowohl dem Interesse der Familien und der Technikbegeisterten gerecht zu werden, was bisher auch gelungen sei.

Der jährliche Beitrag ermögliche es dem Verein, auf einer stabilen Basis Grundaktivitäten durchzuführen. Daneben werde aber auch enorm viel Freiwilligenarbeit geleistet. Die Kommission habe die ambitionierte Entwicklung des Museums mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen, indem sich das Museum zu einer der Topdestinationen in der Stadt entwickeln wolle, namentlich für Familien mit Kindern. Für ihn sei verständlich, dass sich der Verein, gerade im Hinblick auf künftige Ideen, eine etwas höhere Beteiligung der Stadt gewünscht hätte.

Es sei zu erwähnen, dass die Stadt aufgrund der angespannten finanziellen Lage das Gesuch auf Erhöhung der Subvention abgelehnt habe. Dies beweise, dass die Stadt im Kulturbereich nicht alle Begehrlichkeiten erfülle.

Änderungsantrag

**Ruth Anhorn (SVP)** beantragt namens der SVP-Fraktion die Streichung der Dispositivziffer 2: Mit unermüdlichem Einsatz haben sich Liebhaber schon seit langem für die Erhaltung von alten Trams eingesetzt. Das Trammuseum in Zürich ist für die Schweiz einzigartig. Sicher gibt es am neuen Standort noch einige Verbesserungsmöglichkeiten, um die Verlustzone hinter sich lassen zu können. Denn die Verluste können nicht immer vom Förderverein getragen werden. Dennoch sind wir zuversichtlich und stimmen der Weisung zu. Jedoch lehnen wir Ziff. 2 des Dispositivs ab und werden uns in der Schlussabstimmung der Stimme enthalten.

Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion mit 21 gegen 97 Stimmen ab.

Schlussabstimmung

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Referent; Präsidentin Claudia Simon (FDP), Vizepräsident Mark Richli (SP), Isabel Garcia (GLP), Marc Hohl (FDP), Christina Hug (Grüne), Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Lucia Tozzi (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP)

Enthaltung: Ruth Anhorn (SVP), Marina Garzotto (SVP), Dr. Thomas Monn (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 97 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Jahresbeitrag an das Tram-Museum Zürich wird auf der Höhe der bisherigen Grundlagen fortgeführt und für die Jahre 2012 bis 2015 auf Fr. 125 751.– festgesetzt (entsprechend dem Stand des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise per 1. Januar 2011 von 103,9 Punkten).
2. Der Beitrag wird auf Beginn jeden Jahres nach Massgabe des Zürcher Städte-

indexes der Konsumentenpreise der bis dann eingetretenen Teuerung angepasst.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 14. Dezember 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 13. Januar 2012)

**2049. 2011/276**

**Weisung vom 13.07.2011:  
sogar theater, Jahresbeiträge 2012 bis 2015**

Antrag des Stadtrats

1. Der Jahresbeitrag an den Verein sogar theater wird für die Jahre 2012 bis 2015 von bisher Fr. 101 506.– (entsprechend dem Stand des Zürcher Städteindexes der Konsumentenpreise per 1. Januar 2011 von 103,9 Punkten) um Fr. 50 000.– auf Fr. 151 506.– erhöht.
2. Der Beitrag wird auf Beginn jeden Jahres nach Massgabe des Zürcher Städteindexes der Konsumentenpreise der bis dann eingetretenen Teuerung angepasst.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Elisabeth Makwana-Boss (SP):** Beim «sogar theater» handelt es sich um ein erfolgreiches Kleintheater an der Langstrasse, das sehr gut im Quartier verwurzelt ist und viel zur Durchmischung und Belebung beiträgt. Nicht nur die Zahl der Veranstaltungen hat um über 40 Prozent zugenommen, sondern auch die Zahl der Besucher ist massiv angestiegen. Viele Produktionen waren so erfolgreich, dass das Theater damit sogar auf Tournee gehen konnte. Auch die Mitgliederzahl des Fördervereins hat sich auf 700 erhöht. Die Auslastung ist mit über 86 Prozent überdurchschnittlich hoch wie auch der Eigenfinanzierungsgrad von 75 Prozent.

Aufgrund der erhöhten Nachfrage soll das Angebot und die Infrastruktur ausgebaut werden. In der Rechnung 2010 ist leider ein Defizit von 61 000 Franken zu verzeichnen. Die Eigenfinanzierungsmöglichkeiten sind nun aber vollständig ausgeschöpft. Um das hohe Niveau halten zu können, beantragt der Verein dem Gemeinderat eine Erhöhung des Subventionsbeitrags um 50 000 Franken. Die Kommissionsmehrheit unterstützt diesen Antrag.

**Ruth Anhorn (SVP):** Das Theater erfährt seit 2005 städtische Unterstützung. Das Mietverhältnis an der jetzigen Adresse läuft 2013 aus und man rechnet ab diesem Zeitpunkt mit einer Mieterhöhung. Diese kann ohne zusätzliche Unterstützung vom Theater nicht bezahlt werden.

Mit dieser Weisung wird eine Subventionserhöhung im Voraus beantragt, für eine Mieterhöhung, die vielleicht gar nie Wirklichkeit wird. Zudem verursachen die zusätzlichen Vorstellungen anscheinend Mehrkosten und die Aufwendungen für die Eigen- und Co-Produktionen können nicht mehr selbst gedeckt werden. Ohne eine deutliche Erhöhung des Subventionsbeitrags müsste das gegenwärtige Programmangebot stark reduziert werden. Für uns stellt sich daher die Frage, ob die Eintrittspreise nicht kostendeckend berechnet werden müssten.

Da die Jahresrechnung 2010 ein Defizit von 61 000 Franken aufweist und die Eigenfinanzierungsmöglichkeiten anscheinend ausgeschöpft sind, lehnt die SVP die Weisung ab.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** Das Theater wurde 1998 im Kreis 5 gegründet, als die Langstrasse

*noch ein Schwerpunkt der Drogenszene war. Das Theater hat sich aber trotz der schwierigen Startbedingungen mit viel Engagement einen Platz erarbeitet. Es ist kleines und intimes Theater und es hat bei seinen Eigenproduktionen sehr viel Kreativität entwickelt.*

*Der Erfolg, auch über die Stadtgrenzen hinaus, hat zu Mehrkosten und Defiziten geführt, die diese nicht-kommerzielle Einrichtung nicht mehr selbst tragen kann. Der Stadtrat erachtet das Theater als kleine, wichtige und schöne Perle im Kreis 5, weshalb er Ihnen eine Erhöhung des Subventionsbeitrags beantragt.*

#### Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Elisabeth Makwana-Boss (SP), Referentin; Präsidentin Claudia Simon (FDP), Vizepräsident Mark Richli (SP), Isabel Garcia (GLP), Marc Hohl (FDP), Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP), Simon Kälin (Grüne) i.V. von Christina Hug (Grüne), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Lucia Tozzi (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP)
Minderheit:	Ruth Anhorn (SVP), Referentin; Marina Garzotto (SVP), Mauro Tuena (SVP) i.V. von Dr. Thomas Monn (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 23 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Jahresbeitrag an den Verein sogar theater wird für die Jahre 2012 bis 2015 von bisher Fr. 101 506.– (entsprechend dem Stand des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise per 1. Januar 2011 von 103,9 Punkten) um Fr. 50 000.– auf Fr. 151 506.– erhöht.
2. Der Beitrag wird auf Beginn jeden Jahres nach Massgabe des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise der bis dann eingetretenen Teuerung angepasst.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 14. Dezember 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 13. Januar 2012)

#### **2050. 2011/277**

##### **Weisung vom 13.07.2011: Zürcher Kammerorchester, Beitrag 2012ff.**

#### Antrag des Stadtrats

Der Jahresbeitrag an den Verein Zürcher Kammerorchester wird ab 2012 auf der Grundlage des gegenüber dem Jahresbeitrag von 2007 um Fr. 640 000.– erhöhten und zwischenzeitlich der Teuerung angepassten Beitragrages auf Fr. 3 245 000.– fortgeführt.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Mark Richli (SP):** *Beim Zürcher Kammerorchester handelt es sich um eine traditionelle zürcherische Kultureinrichtung. In den letzten 15 Jahren entwickelte sich das Orchester immer mehr zu einem Symphonieorchester, das grosse Programme mit dem Beizug weiterer Akteure aufgeführt hat. Das war und ist zwar künstlerisch interessant, aber hat*

zu grossen strukturellen und finanziellen Problemen geführt. Inzwischen wurde das Orchester mit grossen Beiträgen der Stadt, aber auch des Orchesters selbst saniert und redimensioniert. Mit Sir Roger Norrington konnte einer der renommiertesten Dirigenten der Welt als ständiger Gastdirigent gewonnen werden. In der Zwischenzeit hat er seine Arbeit aufgenommen und wird eine programmatische Neuausrichtung des Orchesters vornehmen. Das Kammerorchester verfügt zudem über einen relativ hohen Selbstfinanzierungsgrad von etwa 50 Prozent. Der Stadtrat beantragt zu recht die Weiterführung der bisherigen Subvention, der sich die Kommissionsmehrheit anschliesst.

**Ruth Anhorn (SVP)** anerkennt den guten Ruf und die Bekanntheit des Zürcher Kammerorchesters. Vor vier Jahren habe das Orchester vor dem Ruin gestanden. Es sei dann aber gründlich evaluiert und wieder auf den rechten Weg gebracht worden, nicht zuletzt dank der städtischen Subvention.

Sie bemängelt, dass die Beiträge Dritter und Sponsoren sehr hoch budgetiert seien und fraglich sei, ob sie überhaupt erreicht werden könnten. Daher habe die SVP das Gefühl, dass das Orchester weiterhin einer unsicheren finanziellen Zukunft entgegenblicke. Aus diesem Grund lehne die Partei den Antrag des Stadtrats ab.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Vizepräsident Mark Richli (SP), Referent; Präsidentin Claudia Simon (FDP), Isabel Garcia (GLP), Marc Hohl (FDP), Christina Hug (Grüne), Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Lucia Tozzi (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP)
Minderheit:	Ruth Anhorn (SVP), Referentin; Marina Garzotto (SVP), Dr. Thomas Monn (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 21 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Der Jahresbeitrag an den Verein Zürcher Kammerorchester wird ab 2012 auf der Grundlage des gegenüber dem Jahresbeitrag von 2007 um Fr. 640 000.– erhöhten und zwischenzeitlich der Teuerung angepassten Beitrages auf Fr. 3 245 000.– fortgeführt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 14. Dezember 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 13. Januar 2012)

## **2051. 2011/278**

### **Weisung vom 13.07.2011: Zurich Film Festival, Beitrag 2012 bis 2014**

Antrag des Stadtrats

Der Beitrag an das Zurich Film Festival wird von bisher Fr. 200 000.– für die Jahre 2012 und 2013 um Fr. 50 000.– auf Fr. 250 000.– und für das Jahr 2014 um weitere Fr. 50 000.– auf Fr. 300 000.– erhöht.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Lucia Tozzi (SP):** Es geht sowohl um die Weiterführung wie auch die gestaffelte Erhöhung der Beiträge. Der Anlass entstand ursprünglich aus einer privaten Initiative und hat sich seit seiner Gründung 2005 extrem entwickelt. Die Eigenwirtschaftlichkeit ist mit 92 Prozent sehr hoch. Auch ist seine Bedeutung als Plattform für die Vernetzung der europäischen Filmbranche und als Netzwerk für den Nachwuchs der Filmbranche nicht zu unterschätzen. Das Festival hat sich einen fixen Platz in der Eventlandschaft erarbeitet und die Auslastung und die Resonanz sind gross.

Das bisher Erreichte soll nun mit gezielten wichtigen Schritten ausgebaut werden. Dies verursacht natürlich Mehrkosten. Daher ist es angebracht, bei den Beitragsleistungen die entsprechenden Anpassungen vorzunehmen. Die Erhöhung soll aber an Bedingungen geknüpft werden, wie beispielsweise die Weiterführung der Master Classes. Die Kommissionsmehrheit unterstützt die Weisung.

**Dr. Thomas Monn (SVP)** erinnert daran, dass das Festival bereits seit vier Jahren von der Stadt mit 200 000 Franken unterstützt werde. Die Ziele seien von Anfang sehr hoch gesteckt gewesen, indem das Festival zum bedeutendsten Anlass für den europäischen Filmnachwuchs werden sollte. In der Schweiz gebe es aber auch noch andere Filmfestivals, weshalb die Fördergelder des Bundes limitiert seien.

Die Eigenwirtschaftlichkeit sei ebenfalls sehr hoch. Daher sei die SVP der Ansicht, dass der geplante Ausbau mit eigenen Mitteln finanziert werden müsse. Es sei nicht die Aufgabe des Staates, mit immer höheren Beiträgen die Ambitionen von verschiedenen Kulturschaffenden zu erfüllen. Angesichts des Anteils des Ticketverkaufs am Budget stelle sich die Frage, ob die Wachstumsprognosen der Organisatoren überhaupt realistisch seien. Aus diesen Überlegungen und ihrer Einstellung gegen die permanente Erhöhung von Kulturbeiträgen lehne die SVP die Weisung ab.

Weitere Wortmeldungen:

**Marc Hohl (FDP):** Die FDP wird der Weisung nach dem Motto «Leistung muss sich lohnen» zustimmen. Eine Kulturinstitution, die sich zu 90 Prozent selbst finanziert, könnte fast schon freisinnig sein. In der Kommission haben wir bereits angemeldet, dass uns die Unterstützung des Bundes von knapp einem Prozent relativ gering erscheint. Aus diesem Grund werden unsere FDP-Vertreter in Bern einen Vorstoss einreichen, der eine moderate Erhöhung des Bundesbeitrags fordern wird.

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)** moniert, dass das Film Festival von Zürich genau die Kulturinstitution sei, die keine Unterstützung nötig habe, da es über sehr viele Firmensponsoren verfüge. Natürlich sei es eine gewisse Prestige-Angelegenheit, wenn ein solcher Anlass in Zürich stattfindet, aber eine Unterstützung sei deswegen nicht notwendig. Er bestreite aber keinesfalls den kulturellen Wert dieses Anlasses. Er störe sich aber vor allem an der Arroganz der Organisatoren. Als Beispiel nennt er die Ausladung diverser Gemeinderäte aufgrund zu vieler Anmeldungen anderer Sponsoren, die dann vorrangig behandelt wurden. Aus diesen Überlegungen lehne er die Weisung ab und würde sogar eine Streichung des bisherigen Beitrags von 200 000 Franken begrüssen.

**Mark Richli (SP)** ist der gleichen Ansicht wie Marc Hohl (FDP), dass nämlich eine Institution mit einer so grossen Eigenleistung entsprechend gewürdigt werden sollte. Zudem verkenne Bernhard im Oberdorf (SVP) seiner Ansicht nach die Signalwirkung des städtischen Beitrags an die anderen Sponsoren dieses Anlasses.

**Dr. Richard Wolff (AL):** Die AL ist der Meinung, dass 200 000 Franken ausreichen, auch wenn sie den Anlass und seinen kulturellen Wert zu schätzen weiss. Es ist nicht

*Sache der Stadt, den Anlass mit noch mehr Geld zu unterstützen. Die Argumente für die Erhöhung des Beitrags überzeugen uns nicht, da wir deren Nutzen nicht erkennen. Schliesslich soll die Nachwuchsförderung im Zentrum stehen. Wer einen Nachwuchsfilm international platzieren will, geht dafür aber nach Locarno und nicht nach Zürich. Die AL ist der Ansicht, dass hier mit der sehr grossen Kelle angerührt wird. Aus diesen Überlegungen möchten wir die folgende neue Dispositionsnummer 2 anfügen: «Die Beitragserhöhung für die Jahre 2012, 2013 und 2014 wird für die Förderung des lokalen Filmschaffens eingesetzt und direkt der Zürcher Filmstiftung überwiesen.»*

**Christina Hug (Grüne)** stellt fest, dass der AL das Zürcher Film Festival anscheinend etwas zu kommerziell und zu fest mit der Finanzwirtschaft verbandelt sei. Das sei Geschmackssache. Der Anlass spreche trotzdem sehr viele Menschen an, was sie sehr schön finde. Daher erachte sie als falsch, die städtische Unterstützung davon abhängig zu machen, ob einem die anderen Geldgeber sympathisch seien oder nicht. Obwohl sie eine gewisse Sympathie für den Antrag der AL hegen, finde sie es unsinnig, diese beiden Dinge gegeneinander auszuspielen. Die Grünen lehnten den Antrag der AL daher ab.

**Mauro Tuena (SVP)** würde es begrüssen, wenn solche Anträge den Fraktionspräsidenten und den zuständigen Kommissionsmitgliedern jeweils vor den Fraktionssitzungen abgegeben würden, sodass sie auch seriös behandelt werden können.

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)** vermisst jeglichen Respekt der Organisatoren gegenüber anderen. Obwohl der Anlass seine guten Seiten habe, manifestiere sich doch eine gewisse Arroganz und Oberflächlichkeit. Die Linke setze sich wahrscheinlich nur deshalb dafür ein, weil sie an der Schickeria teilhaben wolle. Das bezeichne er als gelebtes Beispiel des «Cüpli-Sozialismus».

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch** verweist auf die spannende Entstehungsgeschichte des Anlasses. Betrachte man die hier ansässige Filmindustrie, könne Zürich auf jeden Fall als nationale Filmstadt bezeichnet werden. Denn es sei der wichtigste Filmproduktionsstandort in der Schweiz. Die Zürcher Filmstiftung sei zudem nach dem Bund die zweitgrösste Filmförderinstitution und erhalte jedes Jahr von der Stadt 3 Mio. Franken. Damit werde das lokale Filmschaffen gefördert.

Die Leistung der Organisatoren solle mit der Beitragserhöhung belohnt werden. Dabei könne sie sich voll und ganz der Argumentation der FDP anschliessen. Für die Sponsoren sei es ein wichtiges Zeichen, dass die Stadt Zürich hinter dem Festival stehe. Die bisher geäusserten Vorbehalte seien auch in der städtischen Kulturabteilung vorhanden, was 2010 zu einer vertieften Evaluation des Film Festivals geführt habe. Sie zitiert das Fazit des Berichts: «Das Zürich Film Festival macht insgesamt den Eindruck eines gut organisierten kompetent gemanagten Festivals, das sich innert weniger Jahre einen festen Platz in der Zürcher Kultur- und Eventlandschaft erobert hat. Die Auslastung und die Resonanz sind gross.» Auch habe sich die Qualität weiterentwickelt. Die Beitragserhöhung werde an diverse Bedingungen geknüpft, die eine nachhaltige Sicherstellung des Festivals zum Ziel hätten.

Änderungsantrag

Dr. Richard Wolff (AL) beantragt namens der AL-Fraktion folgende neue Dispositivnummer 2:

Die Beitragserhöhung für die Jahre 2012, 2013 und 2014 wird für die Förderung des lokalen Filmschaffens eingesetzt und direkt der Zürcher Filmstiftung überwiesen.

Der Rat lehnt den Antrag der AL-Fraktion mit 4 gegen 112 Stimmen ab.

#### Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Lucia Tozzi (SP), Referentin; Präsidentin Claudia Simon (FDP), Vizepräsident Mark Richli (SP), Isabel Garcia (GLP), Marc Hohl (FDP), Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP), Simon Kälin (Grüne) i.V. von Christina Hug (Grüne), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP)  
Minderheit: Mauro Tuena (SVP) i.V. von Dr. Thomas Monn (SVP), Referent; Ruth Anhorn (SVP), Marina Garzotto (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 90 gegen 26 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Der Beitrag an das Zurich Film Festival wird von bisher Fr. 200 000.– für die Jahre 2012 und 2013 um Fr. 50 000.– auf Fr. 250 000.– und für das Jahr 2014 um weitere Fr. 50 000.– auf Fr. 300 000.– erhöht.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 14. Dezember 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 13. Januar 2012)

## E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### 2052. 2011/449

#### **Beschlussantrag der AL-Fraktion vom 07.12.2011: Information der Stadtzürcher Bevölkerung über die Gründe zur Ergreifung des Gemeindereferendums gegen die kantonale Steuergesetzrevision**

Von der AL-Fraktion ist am 7. Dezember 2011 folgender Beschlussantrag eingereicht worden:

Das Büro des Gemeinderats und die Parlamentsdienste werden beauftragt, im Hinblick auf die Abstimmung über das Gemeindereferendum gegen die kantonale Steuergesetzrevision (GR 2010/342) geeignete Massnahmen zu planen, um die Stadtzürcher Bevölkerung über die Gründe zu informieren, die den Gemeinderat zum Ergreifen des Referendums bewogen haben.

Begründung:

Im Nachgang zur Unternehmenssteuerreform II des Bundes muss der Kanton Zürich das kantonale Steuergesetz anpassen. Diese technischen Anpassungen sind unbestritten. Eine Mehrheit des Kantonsrats hat jedoch – entgegen dem ursprünglichen Antrag der Regierung – zusätzlich beschlossen, die Kapitalsteuer für juristische Personen faktisch abzuschaffen. Künftig sollen alle Firmen die auf ihrem Ertrag entrichtete

Gewinnsteuer mit der geschuldeten Kapitalsteuer verrechnen können. Kanton und Gemeinden entgehen damit 100 Mio Franken Unternehmenssteuern. Hauptprofiteure sind Banken und Versicherungen. Hauptverlierer ist die Stadt Zürich, die rund 30 Mio. Franken oder zwei Steuerprozent einbüsst. Gegen die Revision hat der Gemeinderat das Referendum ergriffen. Im Jahr 2012 dürfte die Abstimmung über die Vorlage stattfinden. Als Referendumspartei muss der Gemeinderat die Stadtzürcher Bevölkerung über die Gründe für seine ablehnende Haltung informieren.

Mitteilung an den Stadtrat

**2053. 2011/450**

**Postulat der AL-Fraktion vom 07.12.2011:**

**Volle Ausschöpfung des budgetierten Betrags für die Lohnmassnahmen 2012**

Von der AL-Fraktion ist am 7. Dezember 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten, den für Realloohnerhöhungen zur Verfügung stehenden Betrag aufgrund der Teuerung per Februar 2012 so zu erhöhen, dass der für bisherige Lohnmassnahmen budgetierte Betrag voll ausgeschöpft werden kann, maximal aber 1 Prozent des Lohns als generelle Realloohnerhöhung ausbezahlt wird.

Begründung:

Der Stadtrat budgetiert im Jahr 2012 für generelle Lohnmassnahmen (Kto 1060 30100917) 23,125 Mio Franken. Darin enthalten sind 0,9 Prozent für den Ausgleich der Teuerung und 0,5 Prozent für eine generelle Lohnerhöhung. Die Teuerung wird auf der Basis des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise per Februar 2012 ausbezahlt. Im Oktober 2011 wies der Index (Feb 2011 bis Okt 2011) eine negative Teuerung aus. Es ist anzunehmen, dass die für die Teuerung budgetierten Mittel bei weitem nicht ausgeschöpft werden. Der Stadtrat wird deshalb eingeladen, eine generelle Lohnerhöhung von 1 Prozent zu beschliessen, falls die Teuerung im Februar 2012 nicht mehr als 0,4 Prozent betragen sollte. Falls die Teuerung zwischen 0,5 und 0,8 Prozent liegen würde wäre die generelle Lohnerhöhung entsprechend zu reduzieren. Die Umsetzung des Postulats ist budgetneutral.

Mitteilung an den Stadtrat

**2054. 2011/451**

**Postulat der AL-Fraktion vom 07.12.2011:**

**Überprüfung und Priorisierung der Investitionsplanung**

Von der AL-Fraktion ist am 7. Dezember 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten eine Priorisierung der Investitionsplanung zu prüfen, die sicherstellt, dass Schulbauten (Schulhäuser, Horte und Sportanlagen) sowie Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur (zB. Erschliessung Bahnhöfe, Fussgänger- und Veloanlagen) in den Quartieren nicht mehr zugunsten von Investitionen in anderen Bereichen (zB. Investitionen zur Erhöhung der Standortqualität der Stadt Zürich) gekürzt bzw. zurückgestellt werden.

Begründung:

Mit der Weisung 2011/103 – Verzicht auf Planung Busvorläufer Lagerstrasse/Neufrankengasse – hat der Stadtrat erklärt, dass bei der Investitionsplanung Prioritäten gesetzt werden müssen zugunsten dringender Infrastrukturmassnahmen (u.a. Erschliessung der Bahnhöfe). In der jüngsten Vergangenheit gab es wiederholt Engpässe bei der Planung von Schulbauten und Bauten für die ausserschulische Kinderbetreuung (Schulhaus Blumenfeld, Ausbau der Krippen und Horte). Es gibt auch immer wieder Kritik, dass die Infrastruktur in den Stadtrandgebieten mit hoher Wohnbautätigkeit nur ungenügend oder zeitlich verzögert bereitgestellt wird – im Gegensatz zu Massnahmen in der Innenstadt, die der Stadtrat mit dem Ziel der Standortförderung und des Städtemarketings vorantreibt.

Eine Überprüfung der Investitionsplanung, die sicherstellt, dass Investitionen, die der Bevölkerung direkt dienen, nicht zurückgestellt werden, erscheint notwendig zu sein.

Mitteilung an den Stadtrat

**2055. 2011/452**

**Postulat von Catherine Rutherford (AL) vom 07.12.2011:  
Verkauf einer städtischen Parzelle im Glattpark, Sicherstellung eines Teils der  
Gesamtüberbauung nach den Kriterien der Kostenmiete des gemeinnützigen  
Wohnungsbaus**

Von Catherine Rutherford (AL) ist am 7. Dezember 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten, beim Verkauf der 9074 qm grossen städtischen Parzelle 8176 im Glattpark eine Vereinbarung mit dem Käufer zu prüfen, die sicherstellt, dass ein Teil oder die ganze von diesem geplante Gesamtüberbauung nach den Kriterien der Kostenmiete des gemeinnützigen Wohnungsbaus erstellt wird. Ein vertretbarer Verzicht auf einen maximalen Ertrag soll dabei in Kauf genommen werden.

Begründung:

Es ist erkannt worden, dass die Entwicklung des neuen Wohnquartiers Leutschenbach/Glattpark eine Zusammenarbeit zwischen der Stadt Zürich und Opfikon erfordert. Die auf Opfiker Gebiet entstehenden Wohnbauten und die Qualität der dortigen Quartierentwicklung wird wesentlichen Einfluss auf die gesellschaftliche und soziale Integration des gesamten Gebiets haben. Beim Verkauf der städtischen Parzellen im Glattpark sind deshalb Konzepte zu verfolgen, die den Quartierentwicklungszielen der Stadt Zürich entsprechen. Ein Mindestanteil an gemeinnützig bewirtschafteten Wohnungen kann wesentlich zu einer guten Quartierentwicklung beitragen. Zur Zeit haben zwei Genossenschaften Projekte im Glattpark (die ABZ auf einem städtischen Grundstück, eine zweite Baugenossenschaft in Zusammenarbeit mit einem grossen Totalunternehmer). Wenn mit dem Verkauf der letzten grossen Parzelle der Stadt Zürich im Glattpark ein drittes Projekt angestossen wird, entsteht ein grosser Mehrwert.

Mitteilung an den Stadtrat

**2056. 2011/453**

**Postulat von Dr. Richard Wolff (AL) vom 07.12.2011:  
Leitlinien für eine quartier- und sozialverträgliche Verdichtung**

Von Dr. Richard Wolff (AL) ist am 7. Dezember 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie zuhanden der Stadtentwickler- und Planer/-innen bei Stadtentwicklung Zürich, Amt für Städtebau und Amt für Hochbauten Leitlinien für die quartier- und sozialverträgliche Verdichtung erstellt werden können.

Begründung:

Bei der Umsetzung des am 27.11.11 angenommenen wohnpolitischen Grundsatzartikels in der Gemeindeordnung will der Stadtrat sein Augenmerk insbesondere auf die Wohnraumversorgung der Haushalte, die in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen leben, richten (Medienkonferenz vom 29.11.11). Die Stadtentwickler- und Planer/-innen im Präsidial- und Hochbaudepartement beraten Genossenschaften, Private und Stadt bei der Planung von Ersatzneubauten. Leitlinien für eine quartier- und sozialverträgliche Verdichtung sollen sicherstellen, dass diese Aufgabe in Übereinstimmung mit den wohnpolitischen Zielen des Stadtrats wahrgenommen wird.

Mitteilung an den Stadtrat

**2057. 2011/454**

**Postulat von Catherine Rutherford (AL) vom 07.12.2011:  
Vorziehen der Altlastensanierung des Grundstücks für das Schulhaus  
Blumenfeld**

Von Catherine Rutherford (AL) ist am 7. Dezember 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob der Termin der Eröffnung des Schulhauses Blumenfeld auf den Schuljahresbeginn 2015 durch ein Vorziehen der Altlastensanierung des Grundstücks doch noch eingehalten werden kann. Dem Gemeinderat ist bei Bedarf ein entsprechender Antrag zu stellen.

Begründung:

Wegen Kostenüberschreitungen hat der Vorsteher des Hochbaudepartements beschlossen, das prämierte Projekt für das Schulhaus Blumenfeld überarbeiten zu lassen. Die Überarbeitung führt zu einer Verzögerung, die die geplante Eröffnung des Schulhauses im Jahr 2015 in Frage stellt. Gemäss Antworten aus dem Hochbaudepartement kann der Zeitplan nur eingehalten werden, wenn mit der Sanierung des Grundstücks bereits im Jahr 2012 begonnen wird. Die entsprechende Mittel für die Sanierung sind im Budget eingestellt, die Volksabstimmung über den Baukredit wird jedoch voraussichtlich erst im November 2012 oder im Jahr 2013 stattfinden. Angesichts der unbefriedigenden Zwischenlösungen (Pavillonschule Ruggächer) scheint ein Vorziehen der Altlastensanierung angezeigt.

Mitteilung an den Stadtrat

**2058. 2011/455**

**Postulat von Walter Angst (AL) vom 07.12.2011:**

**Externe Evaluation zur Überprüfung von Wirkung und Nutzen der Massnahmen im Zusammenhang mit der Erweiterung der Tagesstrukturen**

Von Walter Angst (AL) ist am 7. Dezember 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten, eine externe Evaluation der im Zusammenhang mit der Erweiterung der Tagesstrukturen an der Volksschule von der Konferenz der SchulpräsidentInnen und vom Stadtrat beschlossenen organisatorischen und anstellungsrechtlichen Massnahmen zur Senkung der Kosten pro Betreuungsplatz (u.a. Reduktion der Flächen pro betreutem Kind, Anpassung des Betreuungsschlüssels, Einsetzung der Leitung Betreuung in den Schuleinheiten als neue Hierarchiestufe, Anstellung von FABEs und Reduktion der Zahl der HortleiterInnen, Einführung von Grosshorten mit flexiblem Einsatz des Betreuungspersonals, Anpassung des Anstellungsbedingungen des Hortpersonals) zu prüfen. Besondere Aufmerksamkeit soll bei der Evaluation dem Verhältnis von Einsparpotential, Betreuungsqualität und Gesamtqualität des Hortangebots für die Kinder und den Auswirkungen der Anpassungen auf Motivation und Qualität der Arbeit des Betreuungspersonals beigemessen werden.

Begründung:

Für den Ausbau der Tagesstrukturen in den Schulen gemäss Volksschulgesetz sind bis 2020 – die Planer des Schulamts gehen davon aus, dass das Angebot an Betreuungsplätzen von gegenwärtig rund 8500 mehr als verdoppelt werden muss - sind grosse Mittel erforderlich. Die Konferenz der SchulpräsidentInnen und der Stadtrat haben im April und im August 2011 Massnahmen beschlossen, mit denen die Kosten pro Betreuungsplatz gesenkt werden sollen. Neben Änderungen am Betreuungskonzept (Grosshorten) und bei den Tarifen sind auch Anpassungen bei den Anstellungsbedingungen, dem Betreuungsschlüssel und am Raumkonzept beschlossen bzw. ins Auge gefasst worden. Wirkung und Nutzen dieser Massnahmen sind im Hinblick auf die flächendeckende Umsetzung zu überprüfen.

Mitteilung an den Stadtrat

**2059. 2011/456**

**Postulat von Roger Liebi (SVP) und Monika Erfigen (SVP) vom 07.12.2011:**

**Begrenzung der Lohnsumme während 5 Jahren auf den Wert des Budgets 2012**

Von Roger Liebi (SVP) und Monika Erfigen (SVP) ist am 7. Dezember 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten, dem Gemeinderat, mit Beginn ab Budget 2013, Budgetentwürfe so auszugestalten, dass die Lohnsumme des Budget 2012 während 5 Jahren maximal konstant gehalten wird.

Begründung:

Das Stellenwachstum in der Stadtzürcher Verwaltung ist so gross, dass nicht einmal mehr der Finanzvor-

stand den Überblick behalten kann (vgl Interview Tagesanzeiger vom 5.12.2011).

Das enorme Stellenwachstum wird die städtischen Finanzen im Hinblick auf die wirtschaftlich äusserst schwierigen vor uns liegenden Jahre enorm belasten.

Es ist zu bemerken, dass die Voraussage eines wirtschaftlichen Einbruchs von vielen unabhängig voneinander agierenden Ökonomen öffentlich gemacht wird, und dass entsprechend ihres Auftragseinganges auch schon verschiedene führende Firmen ihrer Branche Massnahmen getroffen haben.

Einhergehend dürften auch die Steuereinnahmen nicht mehr so sattsam fließen wie de dato.

Es gilt hinsichtlich einer mittel- und langfristig prosperierenden Stadt Zürich und einer positiven Perspektive für die jüngere Generation einen dringend notwendigen Marschhalt einzulegen.

Mitteilung an den Stadtrat

**2060. 2011/457**

**Postulat von Roger Liebi (SVP) und Monika Erfigen (SVP) vom 07.12.2011:  
Begrenzung des Ausgabenwachstums auf das geschätzte reale Wirtschaftswachstum**

Von Roger Liebi (SVP) und Monika Erfigen (SVP) ist am 7. Dezember 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten, dem Gemeinderat, mit Beginn ab Budget 2013, Budgetentwürfe vorzulegen, in welchen das Wachstum der Ausgaben das für das Folgejahr geschätzte reale Wirtschaftswachstum nicht übersteigt.

Begründung:

Die Erfahrungen aus verschiedensten Wirtschaftskrisen, insbesondere der EU-Schuldenkrise aber auch die Zahlungsunfähigkeit von Staaten und Städten in den USA, haben allen Bürgern die negativen Auswirkungen unkontrollierten Ausgabenwachstums des Staatswesens oder Teilen davon aufgezeigt.

Das Ausgabenwachstum in der Stadt Zürich ist beunruhigend und unkontrolliert und konnte nur dank der aktuellen Tiefzinsphase einigermaßen aufgefangen werden.

Nur allzu oft bestätigt sich die Weisheit „Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen“.

Die Politik trägt eine grosse Verantwortung, gerade gegenüber der jüngeren Generation und gerade in finanzpolitischer Hinsicht. Es ist ungerecht, wenn ein Neugeborener, gemessen an den aktuellen Bruttoschulden der Stadt per Budget 2012 von rund 9 Milliarden Franken, mit dem ersten Atemzug Schulden gegenüber dem Staat von 23'684 Franken einatmet (Basis: Gesamteinwohnerzahl 380'000).

Mitteilung an den Stadtrat

**2061. 2011/458**

**Postulat von Roger Liebi (SVP) und Monika Erfigen (SVP) vom 07.12.2011:  
Abtragung der Bruttoschuld einer Rechnung innerhalb von 5 Jahren**

Von Roger Liebi (SVP) und Monika Erfigen (SVP) ist am 7. Dezember 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten, dem Gemeinderat, mit Beginn ab Budget 2013, Budgetentwürfe so auszugestalten, dass eine Zunahme der Bruttoschuld in der Rechnung des Vorjahres in mindestens gleichbleibenden Raten innerhalb von 5 Jahren abgetragen wird.

Begründung:

Die Erfahrungen aus verschiedensten Wirtschaftskrisen, insbesondere der EU-Schuldenkrise aber auch die Zahlungsunfähigkeit von Staaten und Städten in den USA, haben allen Bürgern die negativen Auswirkungen unkontrollierten Ausgabenwachstums des Staatswesens oder Teilen davon aufgezeigt.

Das Ausgabenwachstum in der Stadt Zürich ist beunruhigend und unkontrolliert und konnte nur dank der aktuellen Tiefzinsphase einigermaßen aufgefangen werden.

Nur allzu oft bestätigt sich die Weisheit „Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen“.

Die Politik trägt eine grosse Verantwortung, gerade gegenüber der jüngeren Generation und gerade in finanzpolitischer Hinsicht. Es ist ungerecht, wenn ein Neugeborener, gemessen an den aktuellen Bruttoschulden der Stadt per Budget 2012 von rund 9 Milliarden Franken, mit dem ersten Atemzug Schulden gegenüber dem Staat von 23'684 Franken einatmet (Basis: Gesamteinwohnerzahl 380'000).

Mitteilung an den Stadtrat

**2062. 2011/464**

**Postulat von Salvatore Di Concilio (SP) vom 07.12.2011:  
Paradeplatz, Errichtung eines Trinkwasser-Brunnens**

Von Salvatore Di Concilio (SP) ist am 7. Dezember 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob auf dem Paradeplatz ein schlichter, zweckmässiger Trinkwasser-Brunnen aufgestellt werden kann.

Begründung:

Der Paradeplatz dürfte wohl einer der bekanntesten Plätze der Schweiz sein, Tag für Tag von vielen Tausend PassantInnen genutzt, sei es im Fussgängerverkehr, sei es zum Umsteigen von einem Tram aufs andere oder als Treffpunkt für eine Verabredung. Und auf diesem Platz hat es keine einzige vernünftige Möglichkeit, kostenlos von dem Wasser zu trinken, dessen Qualität immer wieder gerühmt wird. Der alte Brunnen nahe beim Zeughauskeller ist dekorativ, aber das Wasser fliesst zu weit weg von durstigen Mündern. Die einzige Möglichkeit ist, für einen Franken das Züri WC aufzusuchen und dort zu trinken.

Einen einzigen schlichten Brunnen auf dem Paradeplatz aufzustellen, würde den Finanzhaushalt der grössten Schweizer Stadt wohl nicht erheblich belasten, wäre aber ein sympathisches Zeichen für BewohnerInnen, PassantInnen und TouristInnen in unserer schönen Stadt.

Mitteilung an den Stadtrat

**2063. 2011/465**

**Postulat von Andrea Hochreutener (SP) und Andrea Nüssli-Danuser (SP) vom 07.12.2011:  
Angebotsverbesserungen für die Aussenquartiere, die nur mit einer öV-Linie an das Stadtnetz angeschlossen sind**

Von Andrea Hochreutener (SP) und Andrea Nüssli-Danuser (SP) ist am 7. Dezember 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er sich beim ZVV für eine Angebotsverbesserung für die Aussenquartiere, welche nur mit einer ÖV-Linie ans Stadtnetz angeschlossen sind, einsetzen kann. Es sollen die Anschlüsse und die Verdichtung des Taktes am Abend verbessert werden.

Begründung:

Die Aussenquartiere, welche nur mit einer Linie (Tram oder Bus) ans VBZ-Netz angeschlossen sind, werden am späten Abend sehr schlecht erschlossen. Dies betrifft auch bevölkerungsstarke Quartiere, wie zum Beispiel den Rütihof in Höngg oder Leimbach.

Besonders störend ist das Problem, wenn man umsteigen muss, um von einem bestimmten Ort nach Hause zu kommen. Will jemand zum Beispiel in den Rütihof fahren und muss dabei am Meierhofplatz umsteigen, so können allein die Wartezeiten zwei Mal 15 Minuten betragen, dies auf einer Strecke, welche mit dem Auto in 10 Minuten zurück gelegt werden kann.

Die Züricherinnen und Züricher haben sich an der Urne wiederholt für die Förderung des öffentlichen Verkehrs ausgesprochen. Wenn die Stadt Zürich den öffentlichen Verkehr tatsächlich fördern will, so ist eine Verdichtung des Taktes und eine Verbesserung der Anschlüsse, gerade auch in Randzeiten, unabdingbar.

Mitteilung an den Stadtrat

**2064. 2011/466**

**Postulat von Peter Küng (SP) und Marcel Schönbächler (CVP) vom 07.12.2011:  
Erweiterung des Projekts «Open Sunday» auf mindestens 10 Turnhallen sowie  
Verzicht auf die Streichung des Projekts in der Schule Grünau**

Von Peter Küng (SP) und Marcel Schönbächler (CVP) ist am 7. Dezember 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das Projekt Open Sunday statt in 7 neu in mindestens 10 Turnhallen durchgeführt und wie auf die Streichung des bisherigen Projekts in der Schule Grünau verzichtet werden kann.

Begründung:

Open Sunday erfreut sich seit seinem Bestehen bei zahlreichen Kindern grosser Beliebtheit. Es handelt sich hierbei nicht nur um ein Bedürfnis der Kinder nach einer spannenden Freizeitbeschäftigung, Open Sunday ermöglicht ihnen auch durch sportliche Betätigung etwas für ihre Gesundheit zu tun. Der Bericht zur "Sportnotorischen Bestandesaufnahme" der "motorischen Fähigkeiten der Erstklässler der Stadt Zürich" der ETH vom Herbst 2010 zeigt, wie notwendig solche Gelegenheiten sind, den Kindern zur Bewegung zu verhelfen und sie zur weiteren sportlichen und spielerischen Betätigung zu animieren.

Ferner helfen bei der Betreuung der Kinder Jugendliche selbst mit, was diesen Gelegenheit bietet, Erfahrungen im Organisieren und Betreuen zu sammeln und Verantwortung zu übernehmen.

Die bisherige Unterstützung durch das Schul- und Sportdepartement für Open Sunday ist wichtig und wertvoll. Ein Ausbau wäre aber zielführend: In jedem Schulkreis sollten anstatt eine Turnhalle, ein bis zwei Turnhallen zur Verfügung stehen, damit mehr Kindern ermöglicht wird, dieser Freizeitbeschäftigung nachzugehen.

Mitteilung an den Stadtrat

**2065. 2011/467**

**Postulat von Andrea Nüssli-Danuser (SP) und Andrea Hochreutener (SP) vom  
07.12.2011:  
Freiwilliger Schulsport, Angebot von zusätzlichen Sportkursen**

Von Andrea Nüssli-Danuser (SP) und Andrea Hochreutener (SP) ist am 7. Dezember 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen wie für den freiwilligen Schulsport 20 zusätzliche Sportkurse pro Jahr angeboten werden können.

Begründung:

20 zusätzliche Sportkurse ergeben, bei 120 Schulen, für jede 6. Schule einen zusätzlichen Kurs. Gemäss Budget werden bereits 20 Kurse zusätzlich angeboten. Mit weiteren 20 Kursen also 40 Kursen ergäbe das für jede 3. Schule die Möglichkeit über Mittag und am späten Nachmittag, in den Lücken der Turnhallenbelegung, Sportkurse durchzuführen. Die Sportkurse sind ein guter Beitrag für mehr Bewegung und entlasten gleichzeitig die Betreuungseinrichtungen in den Schuleinheiten.

Mitteilung an den Stadtrat

**2066. 2011/468**

**Postulat von Michel Urben (SP) und Marcel Schönbächler (CVP) vom 07.12.2011:  
Realisierung einer Veloroute zwischen Sternen Oerlikon und der Tramstation  
Hirschwiesenstrasse**

Von Michel Urben (SP) und Marcel Schönbächler (CVP) ist am 7. Dezember 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das Teilstück der Veloroute zwischen Sternen Oerlikon und Schaffhauserstrasse 192 (Tramstation Hirschwiesenstrasse) auf der Schaffhauserstrasse selbst oder auf

alternativen Routen realisiert werden kann. Für das steile Teilstück auf der Oerlikonerstrasse zwischen Gubelstrasse und Allenmoosstrasse soll nach Möglichkeit eine andere Lösung gesucht werden.

Begründung:

Die Veloroute von Oerlikon bis zum an der Tramstation Hirschwiesenstrasse beginnenden Veloweg ist eine direkte Route und wichtige Verbindung von Zürich Nord in die City. Auf dieser Teilstrecke bestehen keinerlei Velomassnahmen. Für die Velofahrenden Personen ist auf der Schaffhauserstrasse kaum Platz vorhanden und sie werden oft abgedrängt.

Da die Schaffhauserstrasse sehr stark befahren ist, besteht eine immense Gefahr für VelofahrerInnen. Im Sinne der Verkehrssicherheit wäre eine schnelle Realisierung einer für alle Benutzergruppen sicheren Velowegverbindung wichtig.

Mitteilung an den Stadtrat

**2067. 2011/469**

**Postulat von Rebekka Wyler (SP) und Walter Angst (AL) vom 07.12.2011:  
Einbezug der Personalverbände bei der Erarbeitung der Mitarbeiterbefragung  
2012**

Von Rebekka Wyler (SP) und Walter Angst (AL) ist am 7. Dezember 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Mitwirkung der Personalverbände bei der Erarbeitung der Mitarbeiterbefragung 2012 sichergestellt werden kann.

Begründung:

Die Personalverbände vertreten die städtischen Angestellten und wissen sehr gut, wo diese "der Schuh drückt". Umso wichtiger ist es, dass sie direkt an der Erarbeitung des Fragenkatalogs der Mitarbeiterbefragung 2012 beteiligt werden. Die Vergleichbarkeit mit der Mitarbeiterbefragung 2008 wird durch den Einbezug zusätzlicher Fragen nicht geschmälert. Zu diesen zusätzlichen Fragen gehören beispielsweise solche zu Stressfaktoren, wie sie in der Stressstudie 2010 des Seco untersucht werden.

Mitteilung an den Stadtrat

**2068. 2011/470**

**Postulat von Rebekka Wyler (SP) und Andrea Hochreutener (SP) vom 07.12.2011:  
Erhöhung der Anzahl Stellen in der Schulsozialarbeit um mindestens fünf  
Vollzeitstellen, mit Schwerpunkt im Bereich der Oberstufe und in sozial be-  
lasteten Quartieren**

Von Rebekka Wyler (SP) und Andrea Hochreutener (SP) ist am 7. Dezember 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Anzahl Stellen in der Schulsozialarbeit in den nächsten Jahren um mindestens fünf Vollzeitstellen erhöht werden kann, um die Verbesserung der Versorgung zu ermöglichen. Der Schwerpunkt des Ausbaus soll auf dem Angebot im Bereich der Oberstufe liegen. Dabei sollen insbesondere die neuen Schulen in städtischen Entwicklungsgebieten und solche in sozial belasteten Quartieren, die bis heute noch über kein ausreichendes Angebot an Schulsozialarbeit verfügen, berücksichtigt werden.

Begründung:

Seit der Einführung der Schulsozialarbeit hat sich die Schule stark verändert. Es ist Vorgabe des Volksschulgesetzes und erklärtes Ziel der Stadtzürcher Schulen, möglichst alle Kinder im Quartier selbst zu schulen. Konkret bedeutet dies unter anderem auch, dass mittlerweile in praktisch allen Schulen ein akuter Bedarf nach Schulsozialarbeit besteht. In der Unterstützung der Arbeit mit Kindern mit Verhaltensschwierigkeiten brauchen die Regelklassenlehrpersonen dringend mehr Ressourcen.

Damit die gemäss Konzept vorgesehenen Aufgaben der Schulsozialarbeit wahrgenommen werden können, sind selbst in einer kleinen Schule 40 Stellenprozente erforderlich. Die aktuellen 34 Vollzeitstellen reichen

nicht aus, um den Bedarf abzudecken. Das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz, das aller Voraussicht nach auf den 1. Januar 2012 in Kraft tritt, fordert, dass die Gemeinden ein bedarfsgerechtes Angebot an Schulsozialarbeit zur Verfügung stellen. Mit den bestehenden Ressourcen kann diese Vorgabe nicht erfüllt werden.

Mitteilung an den Stadtrat

Der Beschlussantrag und die 16 Postulate werden auf die Tagliste einer der nächsten Sitzungen gesetzt.

**2069. 2011/471**

**Schriftliche Anfrage von Roland Scheck (SVP) und Kurt Hüsey (SVP) vom 07.12.2011:**

**Strassenbauprojekt an der Soodstrasse, Projektgrundlagen und Einbezug der Kantonalen Ämter**

Von Roland Scheck (SVP) und Kurt Hüsey (SVP) ist am 7. Dezember 2011 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Zur Zeit ist ein Strassenbauvorhaben an der Soodstrasse (Abschnitt Bahnhof Leimbach bis Stadtgrenze) in Planung. Aus der Projektauflage geht hervor, dass es sich bei diesem Projekt einzig und allein um ein ideologisch bedingtes, Steuergeld vernichtendes Strassenrückbauvorhaben handelt. Die Soodstrasse ist in recht gutem baulichen Zustand. Einzig die Strassenabwässer müssen gefasst werden, da sie aufgrund neuer gesetzlicher Vorgaben nicht mehr direkt in einen Vorfluter eingeleitet werden dürfen. Aufgrund der ernsten Finanzlage von Kanton und Stadt Zürich drängt sich keine sofortige Sanierung auf: über die Sihltal- und die Soodstrasse wird seit Eröffnung der Westumfahrung nur noch ein Bruchteil der ehemaligen Verkehrsfrequenzen abgewickelt (Sood- und Sihltalstrasse dienen als Ausweichroute bei Sperrungen der Westumfahrung). Die geplante Neuanlage des Fussgängerüberganges beim Bahnhof Leimbach (Verbindung von Bahnhof und Leimbachstrasse) und die Verlängerung der Schutzinsel zwischen Sood- und Leimbacherstrasse erscheinen praxisfremd und gefährlich.

In Umsetzung des «städtischen Alleenkonzeptes» sollen 84 Bäume in den heutigen Strassenraum gepflanzt werden und mittels eines (Grün-) Trennsteifens zwischen der Fahrbahn und einem neu geplanten, kombinierten Fuss- und Radweg «Sicherheit und die Attraktivität für den Langsamverkehr erhöht werden» (Zitat aus dem Bericht zu den nicht berücksichtigten Einwendungen gemäss 722.1, Artikel 13, Mitwirkungsverfahren).

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche kantonalen Amtsstellen waren bis dato in die Projektplanungsabläufe und das entsprechenden Koordinierungs- und Bewilligungsverfahren involviert? Welche Zwischenentscheide und -bewilligungen wurden seitens kantonomer Ämter bis dato ausgesprochen? Wurde das Projektgenehmigungsgesuch beim Kanton schon eingereicht? Falls ein entsprechendes Gesuch eingereicht wurde: Liegt bereits ein Regierungsratsbeschluss vor und wie lautet dieser?
2. Weshalb ist der Stadtrat der Meinung, dass es in einer Zeit angespannter Finanzen opportun ist, ein ideologisch bedingtes Strassenrückbauvorhaben wie das vorliegende zur Ausführung zu bringen?
3. Was sind die Gesamtprojektkosten (inklusive Planungskosten) und wie verhält sich der Kostenteiler zwischen Stadt und Kanton?
4. Wie beurteilt der Stadtrat die Verkehrssicherheit sowie die Funktionstüchtigkeit der Abbiegebeziehungen am Knoten Sood-/Leimbacherstrasse infolge Verlängerung der Schutzinsel zwischen Sood- und Leimbacherstrasse?
5. Weshalb bringt der Stadtrat eine versetzte Fussgängerquerung über die Sood- und Leibacherstrasse zur Ausführung? Wie beurteilt der Stadtrat deren Zweckmässigkeit (Anmerkung: eine behindertengerechte Lösung auf Seite Bahnhof wäre auch ohne diese Versetzung machbar).
6. Welche Ausbildung hat der für dieses Projekt zuständige Sachbearbeiter und wo bzw. an welchem Institut hat er diese erworben?

Mitteilung an den Stadtrat

## **K e n n t n i s n a h m e n**

**2070. 2011/394**

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Dr. Daniel Regli (SVP), Sven Oliver Dogwiler (SVP) und 36 Mitunterzeichnenden vom 26.10.2011:  
Räumungspraxis illegal besetzter Liegenschaften**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 1437 vom 23. November 2011).

**2071. 2011/395**

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Dr. Daniel Regli (SVP), Roland Scheck (SVP) und 40 Mitunterzeichnenden vom 26.10.2011:  
Entwicklung des Stellenetats sowie des Personalaufwands ab dem Jahr 2003**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 1434 vom 23. November 2011).

**2072. 2011/313**

**Schriftliche Anfrage von Roland Scheck (SVP) und Roger Liebi (SVP) vom 24.08.2011:  
Beschaffung von Arbeitsbekleidung für die Frontmitarbeitenden «Kontrolle Ruhender Verkehr», zusätzliche Folgekosten für die Infrastruktur**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1436 vom 23. November 2011).

**2073. 2011/314**

**Schriftliche Anfrage von Roland Scheck (SVP) und Mauro Tuena (SVP) vom 24.08.2011:  
Sicherheitsfunksystem «Polycom», Beschaffungskosten der Handfunkgeräte und Funktionalität des Funksystems**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1435 vom 23. November 2011).

**2074. 2011/318**

**Schriftliche Anfrage von Cäcilia Hänni-Etter (FDP) und Michael Baumer (FDP) vom 31.08.2011:  
Informations- und Diskussionsforum der Stadtentwicklung Zürich, Auswertung und Nutzung der Ergebnisse**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1455 vom 23. November 2011).

Nächste Sitzung: 7. Dezember 2011, 20.30 Uhr.